

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU

Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2005 (einschließlich Veränderungen im Produktgruppenhaushalt)

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Nachtragsproduktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

Produktplan:	11	Justiz
Produktbereich:	11.03	Staatsanwaltschaft
Produktgruppe:	11.03.01	Generalstaatsanwaltschaft

Der Anschlag bei den Personalausgaben wird von 407 T€ um 10 T€ auf 397 T€ reduziert.

Der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wird von 71 T€ um 14 T€ auf 85 T€ erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der Nachtragshaushaltsplan wie folgt geändert:

Einzelplan:	01	Justiz und Verfassung, Sport
Kapitel:	0110	Generalstaatsanwaltschaft Bremen
Titel:	0110/422 01-6	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter

Der Anschlag wird von 294.230 € um 10.330 € auf 283.900 € reduziert.

Titel:	0110/532 25-3	Sonstige Auslagen in Rechtsachen
--------	---------------	----------------------------------

Der Anschlag wird von 41.210 € um 13.620 € auf 54.830 € erhöht.

Cornelia Wiedemeyer,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Helmut Pflugradt,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU